

Marianne Esders

Kandidatur für den Listenplatz 5
zur Landtagswahl in Niedersachsen



Kreisverband Lüneburg

- geboren am 14.01.1981
- seit 2021 Fraktionsgeschäftsführerin im Kreistag Lüneburg und Vorstandsmitglied des Kreisverbands DIE LINKE. Lüneburg sowie der LAG Kultur und der LAG LINKER Frauen
- seit 2021 Referentin für Partnerschaften und Kooperationen bei SOS Mediterranee Deutschland e.V. (SOS Humanity)
- seit 2019 aktiv bei der Seebrücke Lüneburg und seit 2021 bei der Seebrücke Niedersachsen
- von 2015 bis 2020 Mitbegründerin des Welcome and Learning Centers Lüneburg und Dozentin für Deutsch im Integrationsbereich der VHS Lüneburg
- von 2012 bis 2014 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei SRISTI (Society for Research and Initiatives for Sustainable Technologies and Innovations) und am IIM Ahmedabad, Indien zum Thema Graswurzel-Innovationen und soziale Bewegungen
- von 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin am CSM (Center for Sustainability Management), Leuphana Universität Lüneburg zum Thema Innovationen & Nachhaltigkeit
- Studienabschluss Doppel-Master in EU-Politik und Internationaler Betriebswirtschaftslehre
- Mitglied bei: Seebrücke, ver.di, Rosa Luxemburg Club Lüneburg, Honeybee Network India, sneep Freundeskreis (Student Network for Ethics in Economics and Politics)

DIE LINKE ist für mich die Partei, deren Mitglieder sich für ein solidarisches Miteinander und die Teilhabe marginalisierter und illegalisierter Menschen engagieren.

DIE LINKE ist für mich die Partei, die nicht von oben herab regiert, sondern sich in den Kommunen verankert und die Menschen stärkt, die in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden und sonst keine Stimme haben.

DIE LINKE ist für mich die Partei, die sich mit ihrem demokratisch-sozialistischen Anspruch links von SPD und Grünen dafür stark macht, gemeinsam und solidarisch mit Menschen, die international von Armut, Ausgrenzung, Krieg, Klimawandel und anderen Ungerechtigkeiten betroffen sind, Veränderungen zu einer gerechten, friedfertigen Gesellschaft zu bewirken.

Rechtsradikalismus verschwindet nicht einfach so. Die AfD sitzt im Landtag und in den kommunalen Räten, während DIE LINKE kaum die Fünf-Prozent-Hürde schafft und auch auf Bundesebene die Grundmandatsklausel beansprucht. Dabei bieten wir mit sozialistischen Ansätzen wie der Umverteilung, der Mobilitätswende oder der kommunalen Daseinsfürsorge eine Politik, die den Menschen wirklich helfen würden. Wie auch immer diese Landtagswahl für DIE LINKE ausgehen mag, es gilt im täglichen Leben eine feministische Perspektive zu stärken, die intersektional agiert und sich mit emanzipatorischen Ansätzen den strukturellen Konsequenzen neoliberaler Wirtschaftspolitik entgegenstellt. Verschwörungsmythen, Klimazerstörung, faschistische Überlegenheits- und Herrschaftsansprüche sind Teil eines patriarchalen, kapitalistischen und rassistischen Gesellschafts-

systems, dessen Konsumangebote, Fake News und einfache Antworten auf komplexe Fragen viele Menschen immer wieder um den Finger wickelt und so über ihre ausbeuterischen, repressiven und chauvinistischen Ideologien und Strukturen hinwegtäuscht.

In meiner Arbeit für SOS Humanity und die Seebrücke engagiere ich mich für eine **humane und solidarische Migrationspolitik** in unseren Städten und Kommunen und gegen die Abschottung und das tägliche Sterbenlassen an den EU-Außengrenzen. Flucht über das Mittelmeer und zivile Seenotrettung sind keine Verbrechen und müssen entkriminalisiert werden! Wir brauchen sichere Fluchttrouten, Bleibe- und Mitbestimmungsperspektiven für alle Menschen sowie ein Landesaufnahmeprogramm, das der kommunalen Ebene mehr Spielraum bei der eigenverantwortlichen Aufnahme und Teilhabe schutzsuchender und marginalisierter Menschen gewährt.

Zusammen mit einer neu gegründeten **Mieter:innen-Initiative** engagiere ich mich im Stadtteil Kaltenmoor in Lüneburg gegen die menschenverachtende Wirtschaftsweise privater Immobilienkonzerne und die unwürdige Unterbringung der dort lebenden Menschen. Die Mieter:innen, viele mit Fluchtgeschichte, sitzen in überbezahlten, heruntergekommenen Wohnungen fest, während Immobilienkonzerne, u.a. die Vonovia, fette Profite einheimsen. Wohnraum muss gemeinnützig verwaltet werden, der Mietenwahnsinn und dubiose Nebenkostenabrechnungen müssen ein Ende haben! Dafür brauchen wir eine Mietpreisdeckelung und eine Landeswohnungsbaugesellschaft, die mehr sozialen Wohnraum ermöglicht und Mieter:innen ein Mitspracherecht bei der Gestaltung bezahlbarer, barrierefreier und klimagerechter Wohnformen einräumt.

Eine **Gesundheitsversorgung**, die sicherstellt, dass jeder Mensch medizinische Versorgung in Anspruch nehmen kann, braucht ein dezentrales und umfassendes Versorgungskonzept, das die Kliniken des Landes nicht der Profitlogik überlässt. Statt mehr als 40 Kliniken in Niedersachsen zu schließen und essenzielle Dienstleistungen wie Transport, Reinigung und Küche günstig auszulagern, brauchen wir einen Sonderfonds, der es den Kliniken ermöglicht, die Versorgung der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Zusammen mit dem Personal des Städtischen Klinikums Lüneburg, das sich bei ver.di organisiert, setze ich mich dafür ein, dass ihre Arbeit Wertschätzung erfährt, indem diese nach Tarif bezahlt wird und die Menschen nicht an ihre Belastungsgrenzen bringt. Applaudieren reicht nicht, wir müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften das Pflegepersonal in ihren Anliegen und Forderungen nach Anerkennung, Entlastung und gerechter Bezahlung unterstützen und so den Sektor wieder attraktiver machen, um den Pflegenotstand zu stoppen!

In der AG „**Sozial-Ökologische Transformation**“ des KV Lüneburg arbeite ich mit meinen Mitstreiter:innen an Konzepten, die über das Greenwashing eines uns als nachhaltig angepriesenen grünen Kapitalismus hinausgehen und im Sinne eines demokratischen Sozialismus die Arbeiter:innen und Gewerkschaften in die Verwirklichung einer sozialverträglichen und klimaschonenden infrastrukturellen Grundversorgung einbezieht. Wir brauchen eine Mobilitätswende weg vom Individualverkehr hin zu flächendeckendem, kostenbefreitem ÖPNV. Wir brauchen dringend einen Ausbau der Energieversorgung aus erneuerbaren Energiequellen, der Ölförderung im Wattenmeer und die Förderung fossiler und atomarer Energien ausschließt. Wir brauchen eine flächendeckende Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand, die Menschen vor Profite stellt. Wir brauchen eine Umverteilung des Reichtums und die Förderung kollektiver, sozialer und kultureller Einrichtungen und Graswurzelbewegungen hin zu alternativen Versorgungs- Wirtschafts- und Lebensweisen, die die Art wie wir produzieren, konsumieren und miteinander leben, grundlegend verändern. Wir brauchen eine Landesregierung, die Transformationswillen zeigt und demokratischen Sozialismus möglich macht.

Marianne Eder